

Kampf gegen Windmühlen

Leipziger Politiker scheitern mit Forderung nach mehr ABM-Mitteln beim Bund / Stadt muss reagieren

Dreimal vorgeprescht, dreimal erfolglos. Nachdem Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) und sein Parteikollege, Bundestagsabgeordneter Rainer Fornahl, vergeblich Druck beim Bund für mehr Mittel zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in der Messestadt gemacht haben, scheiterte nun auch die Bundestagabgeordnete Monika Lazar (Grüne) mit dem gleichen Anliegen. Das Leipziger Aufbäumen hat bislang nichts gebracht. Deshalb vergleicht Lazar es auch mit Don Quichottes Anreiten gegen sich stoisch drehende Maschinen. „Es ist ein Kampf mit Windmühlen“, sagt sie. „Aber wir müssen hartnäckig bleiben.“

Lazar hatte an Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, und – wie Jung und Fornahl – an Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) geschrie-

ben und darauf verwiesen, dass Leipzig nicht in einen Topf mit anderen Städten geworfen werden könne. Während im Bundesgebiet durchschnittlich 12,7 Prozent der im Jahr 2006 ausgereichten Mittel für Eingliederungsleistungen zurückgegeben wurden, waren es hier nur 4,5 Prozent. Dennoch seien für 2007 die Bundesmittel ungerecht per Rasenmähermethode gekürzt worden, so Lazar.

Die Verteilung richte sich allein nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, wies Staatssekretär Gerd Andres im Auftrag Münteferings die Argumentation zurück. Die Ausschöpfung 2006 habe keinen Einfluss darauf gehabt. Und Alt antwortet, Leipzigs Arbeitsgemeinschaft (Arge) könne ja Euros aus dem Verwaltungsbudget umschichten.

Geld kommt also keines – und die

ABM-Planung nicht in ruhiges Fahrwasser. Ursprünglich wollten Stadt und Arge 2007 in diesem Bereich 3000 Leute beschäftigen. Weil der Bund 9,2 Millionen Euro weniger Haushaltsmittel als erwartet überwies, wurde das Ziel auf 2100 korrigiert (die LVZ berichtete). „Das Rathaus gibt sich Mühe, freie Träger nicht zu schädigen und die zehnpromtente Mittelkürzung auf dem Gebiet kommunaler Maßnahmen abzufedern“, sagt Lazar. Das bestätigt auch Arge-Chef Andreas Zehr: „Es geht darum, die Rangfolge städtischer ABM zu überdenken.“ Die Arge selbst liege im Plan, habe die Hälfte der Jahresgelder für Neubewerbungen von freien Trägern, beispielsweise Vereinen, bereits gebunden.

Die Stadt muss nun reagieren. Und wird beim Kommunalen Eigenbetrieb

Engelsdorf sparen, der städtische ABM wie den Bürgerdienst LE in Regie hat. Alle neuen Anträge, die über den Eigenbetrieb laufen – er beschäftigt derzeit 1200 Leute –, würden nun noch genauer geprüft, so Wirtschaftsbürgermeister Uwe Albrecht (CDU). „Hier müssen wir die zehnpromtente Kürzung abfangen.“ Von einem völligen Stopp für neue Projekte wolle er nicht sprechen, aber von einer „starken Filterung“. Angesichts der knappen Finanzen sei es „der einzig realistische Schritt“.

Wie viele Stellen werden in Engelsdorf gestrichen? „Wir sind gerade dabei, die Prioritäten festzuschreiben“, sagt Albrecht. Die Vorlage für die Dienstberatung am 7. Mai werde er in Kürze einreichen.

Peter Krutsch
► Kommentar

LVZ 24.4.07